



Pressemitteilung

Frankfurt, 4.08.2021

Hessischer Ärztekammerpräsident kritisiert Beschluss zur Impfung von Kindern und Jugendlichen

„Dass die Politik nicht auf den Rat eines von ihr eingesetzten Expertengremiums hört, ist absolut unverständlich“: Mit Empörung und Fassungslosigkeit reagiert Dr. med. Edgar Pinkowski, Präsident der Landesärztekammer Hessen, auf den Beschluss der Gesundheitsministerinnen und -minister von Bund und Ländern, entgegen der STIKO-Empfehlung, Kinder zwischen 12 und 17 Jahren generell gegen das Coronavirus zu impfen. Die Entscheidung des Landes Hessen, diesen Beschluss 1:1 umzusetzen, sei zutiefst bedauerlich.

Die STIKO empfiehlt die Corona-Schutzimpfung nicht generell für Minderjährige, wohl aber für Kinder ab zwölf Jahren mit bestimmten Vorerkrankungen oder gefährdeten Haushaltsangehörigen. Für eine generelle Empfehlung beurteilt die Ständige Impfkommission die Datenlage für Kinder derzeit noch als mangelhaft. „Ich gratuliere der STIKO (Ständige Impfkommission), dass sie sich nicht dem Druck der Politik beugt und bei ihrer Haltung geblieben ist.“ Hinter den Impfeempfehlungen der STIKO steht gebündeltes ärztliches Wissen, verbunden mit der ärztlichen Maxime, nicht zu schaden. Die Gesundheitsministerkonferenz tritt hingegen als Laienspieltruppe auf medizinischem Feld auf und setzt sich über die wohl begründete Fachexpertise und Vorsicht hinweg, betont Pinkowski, Vorsitzender des Ausschusses Patientensicherheit der Bundesärztekammer.

Er habe keinerlei Verständnis dafür, dass die Politik nun einen psychischen Druck auf Kinder und ihre Eltern aufbaue, erklärt Pinkowski. „Es darf nicht sein, dass Erwachsene, wie z.B. das Personal an Schulen und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, darauf drängen, Kinder und Jugendliche impfen zu lassen, um selbst eine Impfung zu vermeiden“, betont der hessische Ärztekammerpräsident. „Wir können uns in Deutschland glücklich schätzen, über ein unabhängiges Expertengremium wie die STIKO zu verfügen. Zum Wohl und Schutz unserer Bevölkerung hätte die fachliche Expertise dieses Gremiums der politischen Entscheidung zur Impfung zugrunde gelegt werden müssen!“

Dass zudem ein Ministerpräsident Ehrenamtlichkeit mit Unprofessionalität gleich setze, sei nicht nur ein Schlag ins Gesicht der STIKO, sondern auch für alle ehrenamtlichen Helfer der jüngsten Flutkatastrophe. Ohne deren Hilfe wäre die Lage noch desolater. Übrigens seien auch die Parlamente in Städten und Gemeinden zum allergrößten Teil ehrenamtlich, so Pinkowski.